



Multiple-Choice-Test

Der Multiple-Choice-Test dient zur Selbstkontrolle über den Lernfortschritt und das Verständnis des Buch-Inhaltes.

Sie haben zu jeder Frage eine oder mehrere Lösungsmöglichkeiten.

Bitte klicken Sie nach der Eingabe Ihrer Antwort(en) auf die Schaltfläche *Antwort(en) prüfen*, um die Lösung der aktuellen Frage anzuzeigen. Wechseln Sie anschließend zur nächsten Frage.

Nach Beantwortung der Fragen können Sie hier eine Bewertung anzeigen lassen.

Um den Test zu wiederholen und die Fragen freizuschalten, klicken Sie bitte auf die Schaltfläche *Test zurücksetzen*.

Punktzahl:

Bewertung:



Frage 1	Lösungsalternativen	Lösung	Tipps zum Nachlesen	Punkte
Worin besteht der Sinn und Zweck der Entflechtung?	<p>Förderung des Ausbaus Erneuerbarer Energien</p> <p>Förderung dezentraler und wettbewerbsorientierter Energieerzeugung</p> <p>Förderung eines transparenten und diskriminierungsfreien Netzbetriebs</p> <p>Beschleunigung von Lieferantenwechselprozessen</p>	<p>Förderung eines transparenten und diskriminierungsfreien Netzbetriebs (§ 6 EnWG)</p>	Rn. 26	



Frage 2	Lösungsalternativen	Lösung	Tipps zum Nachlesen	Punkte
Bei welchen Entflechtungsstufen gilt die „de minimis-Regel“ nicht?	<p>Bei der informatorischen und buchhalterischen Entflechtung.</p> <p>Bei der buchhalterischen und operationellen Entflechtung.</p> <p>Bei der informatorischen und rechtlichen Entflechtung.</p> <p>Bei der operationellen und rechtlichen Entflechtung.</p>	Bei der informatorischen und buchhalterischen Entflechtung.	Rn. 70	



Frage 3	Lösungsalternativen	Lösung	Tipps zum Nachlesen	Punkte
Was versteht man im Regulierungsrecht unter Organleihe?	<p>Die Bundesnetzagentur kann der Landeskartellbehörde kartellrechtliche Zuständigkeitsfelder zeitlich befristet übertragen.</p> <p>Die Landesregulierungsbehörde kann ihre Zuständigkeit an die Bundesnetzagentur übertragen.</p> <p>Die Landesregulierungsbehörden nehmen im Rahmen der Auftragsverwaltung Zuständigkeiten des Bundes wahr.</p> <p>Die Landeskartellbehörden übertragen ihre Kontrollkompetenzen auf die Landesregulierungsbehörden.</p>	<p>Die Landesregulierungsbehörde kann ihre Zuständigkeit an die Bundesnetzagentur übertragen.</p>	Rn. 71	



Frage 4

Lösungsalternativen

Lösung

Tipps zum Nachlesen

Punkte

Was hat sich im Lieferantenwechselprozess durch die EnWG-Novelle verschärft?

Nun muss der Lieferant nachweisen, dass er einen verzögerten Lieferantenwechselprozess nicht zu vertreten hat.

Auch der Lieferant hat erstmals einen Schadensersatzanspruch gegen den Kunden.

Auch Unternehmen können nun bei verzögerten Wechselprozessen die Schlichtungsstelle Energie anrufen.

Nun muss der Lieferant nachweisen, dass er einen verzögerten Lieferantenwechselprozess nicht zu vertreten hat (§ 20a EnWG).

Rn. 76



Frage 5	Lösungsalternativen	Lösung	Tipps zum Nachlesen	Punkte
<p>Was versteht man im Stromsektor unter reguliertem Netzzugang?</p>	<p>Netzbetreiber dürfen nur noch nach von der Bundesnetzagentur festgelegten Kriterien mit den Netzzugangsinteressenten verhandeln.</p> <p>Netzbetreiber müssen dem Netzzugangsinteressenten ein Standardangebot unterbreiten, welches alle wesentlichen Punkte des Vertrages schon berücksichtigt.</p> <p>Der sog. „verhandelte Netzzugang“ wurde verschärft.</p> <p>Für den regulierten Netzzugang sind nun die Kartellbehörden zuständig.</p>	<p>Netzbetreiber müssen dem Netzzugangsinteressenten ein Standardangebot unterbreiten, welches alle wesentlichen Punkte des Vertrages schon berücksichtigt (StromNZV).</p>	<p>Rn. 81</p>	



Frage 6

Lösungsalternativen

Lösung

Tipps zum Nachlesen

Punkte

Was versteht man unter einem Lieferantenrahmenvertrag?

Mehrere Lieferanten einigen sich durch eine Rahmenvereinbarung über die Belieferung von Endkunden

Mehrere Letztverbraucher schließen sich in einer Einkaufsgemeinschaft zusammen und vereinbaren, nur noch unter festgelegten Rahmenbedingungen Energie zu kaufen.

Stromnetzbetreiber und Stromlieferant schließen einen Vertrag u.a. zur Regelungen der Netznutzung und des Datenaustausches.

Stromlieferanten und Stromnetzbetreiber einigen sich über die Belieferung von grundversorgten Kunden.

Stromnetzbetreiber und Stromlieferant schließen einen Vertrag u.a. zur Regelungen der Netznutzung und des Datenaustausches (§ 25 Abs. 2 StromNZV)

Rn. 84



Frage 7	Lösungsalternativen	Lösung	Tipps zum Nachlesen	Punkte
Welche Behörden sind bei missbräuchlichem Verhalten eines Energienetzbetreibers zuständig?	<p>Die Regulierungsbehörden.</p> <p>Die Kartellbehörden.</p> <p>Die Kartellbehörden, wenn das Verhalten missbräuchlich i.S.d. §§ 19, 20 GWB ist.</p> <p>Die Kartellbehörden, wenn es sich um Verstöße i.S.d. § 29 GWB handelt.</p>	<p>Die Regulierungsbehörden (§§ 30, 111 EnWG).</p>	<p>Rn. 11</p>	



Frage 8	Lösungsalternativen	Lösung	Tipps zum Nachlesen	Punkte
Gilt die Haftungsregelung in § 18 NAV nur für Kunden in der Niederspannung?	<p>Ja. Kunden in der Niederspannung sind i.d.R. Verbraucher und daher besonders schutzwürdig.</p> <p>Ja. Nur bei Kunden in der Niederspannung können die in § 18 NAV genannten Schäden auftreten.</p> <p>Ja. Die Haftungssystematik in § 18 NAV ist auf grundversorgte Kunden abgestimmt.</p> <p>Nein. § 18 NAV gilt auch in der Mittelspannung.</p>	Nein. § 18 NAV gilt auch in der Mittelspannung (§ 25a StromNZV).	Rn. 98	



Frage 9	Lösungsalternativen	Lösung	Tipps zum Nachlesen	Punkte
Was ist das Ziel der Anreizregulierung?	<p>Für Netzbetreiber und Lieferanten sollen Anreize zur Einsparung von Energie geschaffen werden.</p> <p>Die Anreizregulierung setzt Anreize für mehr Wettbewerb auf der Stromerzeugungsseite.</p> <p>Ziel ist die Regulierung der Bezugspreise zum Schutz des Letztverbrauchers.</p> <p>Ziel ist die Senkung der Netzentgelte.</p>	<p>Ziel ist die Senkung der Netzentgelte (ARegV).</p>	<p>Rn. 103</p>	



Frage 10

Lösungsalternativen

Lösung

Tipps zum Nachlesen

Punkte

Mit welchem Kernziel soll der Netzausbau durch das NABEG gefördert werden?

Verteilnetzbetreiber mit weniger als 100.000 angeschlossenen Kunden erhalten pauschale Netzausbaubehilfen.

Für den Ausbau der Verteilnetze ist nun die Bundesnetzagentur die zuständige Genehmigungsbehörde.

Für den Ausbau der Übertragungsnetze ist nun die Bundesnetzagentur die zuständige Fachplanungsbehörde.

Die Öffentlichkeitsbeteiligung wird eingeschränkt

Für den Ausbau der Übertragungsnetze ist nun die Bundesnetzagentur die zuständige Fachplanungsbehörde.

Rn. 136



Frage 11

Lösungsalternativen

Lösung

Tipps zum Nachlesen

Punkte

Welche Nachteile haben Standardlastprofile (SLP)?

Verteilnetzbetreiber können die Netzentgelte nicht mehr individuell berechnen.

SLP erschweren die Bilanzierung der Bilanzkreise.

Es gibt keine SLP für die Einspeisung.

Die Lieferanten werden zu einem vom tatsächlichen Verbrauch des Endkunden unabhängigen Beschaffungsverhalten gezwungen.

Die Lieferanten werden zu einem vom tatsächlichen Verbrauch des Endkunden unabhängigen Beschaffungsverhalten gezwungen.

Rn. 151



Frage 12	Lösungsalternativen	Lösung	Tipps zum Nachlesen	Punkte
Wer ist für die Messung und den Betrieb von Messstellen grundsätzlich zuständig?	Der Netzbetreiber Der Lieferant Der Stromkunde Der Grundversorger	Der Netzbetreiber (§ 21b Abs. 1 EnWG)	Rn. 164	



Frage 13	Lösungsalternativen	Lösung	Tipps zum Nachlesen	Punkte
Sind die Netzentgelte auf dem Land i.d.R. teurer oder günstiger als in der Stadt?	<p>Günstiger, weil sie über die EEG-Umlage bezuschusst werden und es auf dem Land mehr EEG-Anlagen gibt.</p> <p>Teurer, weil auf dem Land die Leitungen länger sind, weniger Menschen wohnen und mehr EEG-Anlagen angeschlossen sind.</p> <p>Es gibt keinen Unterschied, weil die geographischen Nachteile über die Anreizregulierung ausgeglichen werden.</p>	<p>Teurer, weil auf dem Land die Leitungen länger sind, weniger Menschen wohnen und mehr EEG-Anlagen angeschlossen sind.</p>	Rn. 156	



Frage 14	Lösungsalternativen	Lösung	Tipps zum Nachlesen	Punkte
Für wen ist bei der Konzessionsvergabe die Veräußerung zum Sachzeitwert günstiger?	<p>Für den Veräußerer (abgebender Netzbetreiber)</p> <p>Für den Erwerber (aufnehmender Netzbetreiber)</p> <p>Für die Kommune im Falle des Rückkaufs (Rekommunalisierung)</p> <p>Für die Kommune im Falle des Verkaufs (Privatisierung)</p>	<p>Für den Veräußerer (den abgebenden Netzbetreiber). Der Sachzeitwert ist i.d.R. sehr viel höher als der Ertragswert.</p>	Rn. 194	



Frage 15

Lösungsalternativen

Lösung

Tipps zum Nachlesen

Punkte

Was bezweckt in der KAV die Tarifikundenfiktion Strom?

Der Kommune sollen gleichbleibende Konzessionsabgaben gesichert werden.

Sondervertrags- und grundversorgte Kunden sollen gleichbehandelt werden.

Die Berechnung der Konzessionsabgaben soll vereinfacht werden.

Strom- und Gaskunden sollen gleichbehandelt werden.

Der Kommune sollen gleichbleibende Konzessionsabgaben gesichert werden.

Rn. 199



Frage 16	Lösungsalternativen	Lösung	Tipps zum Nachlesen	Punkte
Auf welcher EU-Richtlinie basiert das Erneuerbare-Energien-Gesetz?	<p>Auf dem ersten EU-Binnenmarktpaket.</p> <p>Das EEG geht auf die EU-Erneuerbare-Energien-Richtlinie zurück.</p> <p>Auf keiner. Das EEG ist eine deutsche „Erfindung“.</p>	<p>Das EEG ist eine deutsche „Erfindung“ und beruht auf dem Stromeinspeisungsgesetz.</p>	Rn. 204	



Frage 17

Lösungsalternativen

Lösung

Tipps zum Nachlesen

Punkte

Welche Rechtsfolge ergibt sich, wenn man im Rahmen der AGB-Kontrolle eines Vertrages zu dem Ergebnis kommt, dass eine Klausel unwirksam ist?

Der Kunde hat ein Sonderkündigungsrecht.

Es gilt nur das, was gesetzlich zulässig wäre.

Der Vertrag ist unwirksam.

Die Klausel ist nichtig. Der Vertrag bleibt aber wirksam.

Die Klausel ist insgesamt nichtig. Im Übrigen bleibt der Vertrag wirksam (§ 306 Abs. 2 BGB)

Rn. 313



Frage 18	Lösungsalternativen	Lösung	Tipps zum Nachlesen	Punkte
Kann ein grundversorgter Gaskunde den Billigkeitseinwand gegen den Anfangspreis nachträglich erheben?	<p>Nein, nie.</p> <p>Ja, wenn er unmittelbar nach der Preisanpassung widerspricht.</p> <p>Ja, wenn die Bezugspreise nach Vertragsschluss sinken.</p> <p>Ja, wenn der Anfangspreis nach Vertragsschluss angehoben wird.</p>	Nein, nie. Der Anfangspreis gilt als „vereinbarter Preis“ (Sockelbetrag).	Rn. 338	



Frage 19

Lösungsalternativen

Lösung

Tipps zum Nachlesen

Punkte

Die Schnellstrom AG bietet auf ihrer Homepage im Rahmen der Winteraktion „Wenn Ihr's fix warm Volt“ 3500 kWh Stunden zu je 21,20 Cent pro kWh bei einem monatlichen Grundpreis von 4,99 € mit einer Laufzeit von 12 Monaten an, wenn man in den nächsten 10 Tagen einen Vertrag schließt.

Handelt es sich um ein Angebot im rechtlichen Sinne?

Nein.

Ja; aber nur, wenn man in den nächsten 10 Tagen unterschreibt.

Ja; es handelt sich um ein verbindliches Angebot.

Nein. Es handelt sich um die unverbindliche Bereitschaft der Schnellstrom AG dieses Produkt zur Verfügung stellen zu wollen. Damit soll der Vertragsschluss nur vorbereitet werden („invitatio ad offerendum“).

Rn. 264



Frage 20	Lösungsalternativen	Lösung	Tipps zum Nachlesen	Punkte
<p>M mietet bei V eine Wohnung an, unterschreibt einen Mietvertrag, zieht ein, schiebt sich eine Pizza in den Elektroofen und holt sie nach 11 Minuten wieder heraus. Zuvor hat ihn Vermieter V bei seinem örtlichen Stadtwerk als neuen Mieter „angemeldet“.</p> <p>Wie ist der Energieliefervertrag zustande gekommen?</p>	<p>Durch Unterzeichnung des Mietvertrages.</p> <p>Dadurch, dass V den M beim örtlichen Stadtwerk als neuen Mieter angemeldet hat.</p> <p>Es ist noch kein Vertrag zustande gekommen. Durch Schweigen können keine Verträge geschlossen werden.</p> <p>Durch Einschalten des Elektroofens, also die Entnahme von Strom.</p>	<p>Durch Einschalten des Elektroofens, also die Entnahme von Strom (§ 2 Abs. 2 StromGVV)</p>	<p>Rn. 270</p>	



Frage 21	Lösungsalternativen	Lösung	Tipps zum Nachlesen	Punkte
Worin liegt im Vertragsrecht der Unterschied zwischen einer Preisabrede und einer Preisnebenabrede?	<p>Bei einer Preisabrede gibt es keine AGB-Kontrolle.</p> <p>Bei der Preisnebenabrede findet stets eine AGB-Kontrolle statt.</p> <p>Preisabreden sind wettbewerbswidrig. Preisnebenabreden sind kartellrechtlich unzulässig.</p>	<p>Bei einer Preisabrede gibt es keine AGB-Kontrolle (BGH, 24.3.2010, Az: VIII ZR 304/08, Rdn. 23 m.w.N.).</p>	Rn. 317	



Frage 22	Lösungsalternativen	Lösung	Tipps zum Nachlesen	Punkte
Wie wird man als Strom- oder Erdgaslieferant ein Grundversorgungsunternehmen?	<p>Indem man dies bei der Bundesnetzagentur beantragt und diese dies genehmigt.</p> <p>Durch Einigung mit der städtischen Kommune und anschließender Genehmigung der Landesregulierungsbehörden.</p> <p>Indem man die meisten Haushaltskunden im allgemeinen Versorgungsnetz beliefert.</p>	Indem man die meisten Haushaltskunden im allgemeinen Versorgungsnetz beliefert (§ 36 Abs. 2 EnWG).	Rn. 267	



Frage 23	Lösungsalternativen	Lösung	Tipps zum Nachlesen	Punkte
Gibt es im Kartellrecht des GWB eine Sonderregelung für die Energiewirtschaft?	<p>Nein, die Regelungen im EnWG sind abschließend (Sperwirkung).</p> <p>Ja, bei der Preiskontrolle von Netzentgelten.</p> <p>Ja, bei der Preiskontrolle von Strompreisen, soweit sie nicht die Netzentgelte betreffen.</p>	<p>Ja, bei der Preiskontrolle von Strompreisen, soweit sie nicht die Netzentgelte betreffen (§ 29 GWB, dessen Verlängerung als sicher gilt. Weil der Vermittlungsausschuss in der 8. GWB-Novelle unerwartet erneut angerufen werden musste, ist § 29 GWB wegen § 131 Abs. 7 GWB Ende 2012 vorübergehend außer Kraft getreten).</p>	Rn. 335	



Frage 24

Lösungsalternativen

Lösung

Tipps zum Nachlesen

Punkte

Was ist der Unterschied zwischen einer einfachen Insolvenzforderung und einer Masseforderung?

Eine einfache Insolvenzforderung muss beim insolventen Schuldner angemeldet werden, die Masseforderung beim Insolvenzverwalter.

Wer Massegläubiger wird, hat einen Direktanspruch gegen die Insolvenzmasse.

Es gibt keinen Unterschied.

Wer Massegläubiger wird, hat einen Direktanspruch gegen die Insolvenzmasse, bleibt damit nicht auf die sog. Insolvenzquote beschränkt (Ausnahme: Massearmut).

Rn. 344



Frage 25	Lösungsalternativen	Lösung	Tipps zum Nachlesen	Punkte
Gilt eine EU-Richtlinie im Mitgliedstaat zwischen Privaten unmittelbar?	<p>Nein, nie.</p> <p>Ja, es gibt keinen Unterschied zur EU-Verordnung.</p> <p>Nein, nur ausnahmsweise, wenn die Umsetzungsfrist abgelaufen ist.</p> <p>Nein, nur ausnahmsweise, wenn die Umsetzungsfrist abgelaufen ist und die Richtlinie hinreichend detailliert ist („self executing norm“).</p>	<p>Nein, nie. Auch bei nicht oder fehlerhaft umgesetzten Richtlinien, die „self-executing-fähig“ wären, nicht (keine horizontale Direktwirkung). Allenfalls denkbar wäre ein Schadensersatzanspruch gegen den Staat.</p>	Rn. 352	